

Hailbronner/Kau/Gnatzy/Weber
Staatsangehörigkeitsrecht

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 55

Staatsangehörigkeits- recht

Bearbeitet von

Prof. Dr. Dr. h. c. em.

Kay Hailbronner, LL. M.

Universitätsprofessor, Universität
Konstanz, Mitglied des Direktoriums
des Forschungszentrums
Ausländer- und Asylrecht

Prof. Dr. Marcel Kau, LL. M.

(Georgetown)

apl. Professor, Universität Konstanz

Dr. Thomas Gnatzy,

LL. M. (NYU)

Ministerialrat im Bundesministerium
des Inneren

PD Dr. Ferdinand Weber,

MLE.

Akademischer Rat a. Z., Universität
Göttingen

8., neu bearbeitete Auflage 2026



C.H. BECK

Zitiervorschlag: HKGW/Kau StAG § 1 Rn. 1

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 82080 9

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck: Friedrich Pustet GmbH
Gutenbergstraße 8, 93051 Regensburg

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort 8. Auflage

Mit der 8. Auflage wird der Kommentar auf den aktuellen Stand der staatsangehörigkeitsrechtlichen Gesetzgebung gebracht und die Kommentierung der Vorschriften im Hinblick auf neuere Entwicklungen in Rechtsprechung und Literatur überarbeitet. Beibehalten wurde die Aufteilung in Grundlagen und Kommentierung des StAG und Art. 16 Abs. 1 und Art. 116 GG. Mit den Grundlagen sollen insbesondere die geschichtlichen und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der deutschen Staatsangehörigkeit dargestellt werden. Wesentliche Abschnitte des Grundlagenteils sind überarbeitet worden. Während der separate Abschnitt zum Verhältnis der deutschen Staatsangehörigkeit zur DDR-Bürgerschaft entfallen ist, sind neue Abschnitte zur Unionsbürgerschaft und ihrem Verhältnis zur deutschen Staatsangehörigkeit und – in Aufnahme einer Anregung von Rezensenten früherer Auflagen – eine knappe Übersicht über steuerrechtliche Aspekte der Staatsangehörigkeit aufgenommen worden.

Dem Grundlagenteil kommt im Werk eine wesentliche Funktion auch für die Kommentierung des StAG zu. Abschnitt A. I. enthält im Anschluss an frühere Auflagen eine umfassende Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Das Verständnis der Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts insbesondere im Bereich der staatsangehörigkeitsrechtlichen Wiedergutmachung des NS-Unrechts (siehe Änderungen des Vierten StAG-Änderungsgesetzes vom 12. August 2021) und die Topoi in der Diskussion um die Revision des Staatsangehörigkeitsrechts erfordern eine Kenntnis der historischen Grundlagen. Dem Verständnis der Grundlagen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts und seiner Weiterentwicklung seit dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) dient auch der umfangreiche Abschnitt B über konzeptionelle Grundfragen des Staatsangehörigkeitsrechts (F. Weber). Der Abschnitt B stellt gewissermaßen eine gemeinsame Grundlage für die nachfolgenden Kommentierungen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts dar, ungeachtet dessen, dass jeder Autor für seinen Teil verantwortlich ist und damit an die von einem anderen Autor vertretenen Auffassungen und Auslegungen des geltenden Staatsangehörigkeitsrechts nicht gebunden ist. Erheblich erweitert in der Überarbeitung wurden auch die Grundlagenabschnitte über mehrfache Staatsangehörigkeit, den Verlust der Staatsangehörigkeit und die Unionsbürgerschaft im Verhältnis zur deutschen Staatsangehörigkeit.

Im Zentrum des Kommentierungsteils des StAG steht die Einarbeitung gesetzlicher Änderungen durch das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) vom 22.3.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 104). Grundlegende Bedeutung für die Reform des StAG kommt der Aufgabe des Prinzips der Vermeidung der Mehrstaatigkeit beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Geburt im Bundesgebiet als Kind eines ausländischen Elternteils mit gesichertem Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet zu. Als Folge sind zahlreiche Vorschriften des StAG, die sich

Vorwort 8. Auflage

mit Ausnahmen von dem Erfordernis der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerung oder Geburtserwerb (Optionsregelung) befassten, weggefallen. Weitere wichtige Neuerungen betreffen die Neufassung des Verlusttatbestandes und Änderungen bezüglich der Einbürgerungsvoraussetzungen.

Weitere gesetzliche Änderungen des StAG sind bis Ende 2025 berücksichtigt. Mit dem Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 29.10.2025 ist die „Turboeinbürgerung“ nach dreijährigem Aufenthalt abgeschafft worden. Durch das Gesetz zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten durch Rechtsverordnung und zur Abschaffung des anwaltlichen Vertreters bei Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam (SiHerkStVOBestuAusrAnwAbschG) vom 22.12.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 364) ist für die Einbürgerung eine 10-jährige Sperrfrist nach Rücknahme der Einbürgerung und bei arglistiger Täuschung, Drohung oder Bestechung eingeführt worden.

Im Einzelnen liegt dem Kommentar folgende Aufteilung der Bearbeitungen zugrunde:

Teil I – Grundlagen:	F.	Staatenlosigkeit: Hailbronner
A. Die Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts: Hailbronner/Weber	G.	Verlust der Staatsangehörigkeit: Hailbronner/Weber
A. I. Vom Alten Reich bis zur Wiedervereinigung: Weber	H.	Deutsche Staatsangehörigkeit und europäische Bürgerschaften: Weber
A. II. Die Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts vom Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913 bis zur Staatsangehörigkeitsreform von 1999: Hailbronner	Teil II – Kommentierungen:	
A. III. Staatsangehörigkeitsrechtliche Gesetzgebung seit 1.1.2000: Hailbronner	Grundgesetz	
B. Konzeptionelle Grundfragen des Staatsangehörigkeitsrechts: Weber	Art. 16	Hailbronner
C. Staatsangehörigkeit und IPR: Hailbronner/Kau	Art. 116	Hailbronner
D. Staatsangehörigkeit und Völkerrecht: Hailbronner	StAG	
E. Mehrfache Staatsangehörigkeit: Hailbronner/Weber	Vorbemerkung	Hailbronner
	§ 1	Kau
	§ 2 (aufgehoben)	Kau
	§ 3	Kau
	§ 4	Hailbronner/Kau
	§ 5	Hailbronner
	§ 6	Gnatzy
	§ 7	Hailbronner
	§ 8	Gnatzy
	§ 9	Gnatzy
	§ 10	Gnatzy
	§ 11	Hailbronner
	§ 12 (aufgehoben)	–

Vorwort 8. Auflage

§ 12a	Hailbronner	§ 32b	Weber
§ 12b	Gnatzy	§ 32c	Gnatzy
§ 13	Hailbronner	§ 33	Hailbronner
§ 14	Hailbronner	§ 34	Gnatzy
§ 15	Hailbronner	§ 35	Hailbronner
§ 16	Hailbronner	§ 35a	Hailbronner
§ 17	Hailbronner	§ 36	Gnatzy
§§ 18–25 (aufgehoben)	–	§ 37	Gnatzy
§ 26	Gnatzy	§ 38	Weber
§ 27	Hailbronner	§ 38a	Weber
§ 28	Hailbronner	§ 39	Weber
§ 29 (auf- gehoben)	–	§ 40 (aufge- hoben)	Weber
§ 30	Hailbronner	§ 40a	Weber
§ 31	Hailbronner	§ 40b	Weber
§ 32	Hailbronner	§ 40c	Weber
§ 32a	Weber	§ 41	Weber
		§ 42	Weber

Konstanz, im Februar 2026

Kay Hailbronner

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Die deutsche Staatsangehörigkeit bleibt auch in den neunziger Jahren trotz des europäischen Bürgerrechts und der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft ein Kristallisationspunkt für die Rechte und Pflichten des Einzelnen. Hunderttausende deutscher Staatsbürger aus der DDR haben im letzten Jahr von ihrem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Freizügigkeit Gebrauch gemacht. Hunderttausende ausländischer Staatsangehöriger, die seit Jahrzehnten im Bundesgebiet leben, warten auf die Zulassung zum deutschen Staatsverband. Mit der Einräumung aller deutschen Grundrechte an Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit, die im vereinfachten Verfahren die Rechtstellung als Deutsche erwerben können, hat das Grundgesetz darüber hinaus für Millionen von Deutschen aus den früheren sog. Ostblockstaaten das Tor zum Bundesgebiet offengehalten.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 hat – ungeachtet zahlreicher Änderungen und Ergänzungen – in vielen Epochen und Stürmen seine Bestandskraft erwiesen. Es hat die Teilung Deutschlands überstanden und damit eine unverzichtbare Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung geschaffen. Dennoch ist unverkennbar, dass sich die deutsche Staatsangehörigkeit seit Jahren im Umbruch befindet.

Konstanz/Melsungen, im Herbst 1990

*Kay Hailbronner
Günter Renner*

Inhaltsübersicht

Vorwort 8. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
Festgaben, Festschriften und Gedächtnisschriften	LIII

Teil I. Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts

A. Die Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts	5
B. Konzeptionelle Grundfragen des Staatsangehörigkeitsrechts	75
C. Staatsangehörigkeit und IPR	125
D. Staatsangehörigkeit und Völkerrecht	134
E. Mehrfache Staatsangehörigkeit	176
F. Staatenlosigkeit	200
G. Verlust der Staatsangehörigkeit	223
H. Deutsche Staatsangehörigkeit und europäische Bürgerschaften	244
I. Staatsangehörigkeit und Steuerrecht	294

Teil II. Kommentierungen

A. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	331
B. Staatsangehörigkeitsgesetz	415

Teil III. Texte und Urkunden

Anhang A. Texte bzw. Fundstellen staatsangehörigkeitsrechtlich bedeutsamer Rechtsquellen und Verwaltungsvorschriften

I. Gesetze und Verordnungen	1007
1. Staatsangehörigkeitsgesetz und Änderungsgesetze (seit 1999) ..	1007
2. RuStAG und Änderungsgesetze (1913–1999)	1074
3. Verordnung zu Einbürgerungstest und Einbürgerungskurs (Einbürgerungstestverordnung – EinbTestV)	1091
4. Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung – IntV)	1093
5. Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)	1110
6. Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (Personenstandsverordnung)	1127

Inhaltsübersicht

II. Zwischenstaatliche Abkommen	1130
1. Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen	1130
2. Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen	1144
3. Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 30. August 1961 und Ausführungsgesetz von 1977	1148
b) Ausführungsgesetz zu dem Übereinkommen vom 30. August 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit und zu dem Übereinkommen vom 13. September 1973 zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit (Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit)	1156
4. Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern	1158
5. Übereinkommen zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit	1165
6. Second Protocol amending the Convention on the Reduction of Cases of Multiple Nationality and Military Obligations in Cases of Multiple Nationality	1168
7. Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit ...	1171
8. Council of Europe Convention on the avoidance of statelessness in relation to State succession	1187
III. Verwaltungsvorschriften	1194
1. Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)	1194
2. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen (StAURkVwV)	1305
3. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen (StAURkVwV)	1307
4. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht (StAR-VwV)	1308
Anhang B. Urkunden	1355
Sachregister	1361

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 8. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXXVII
Festgaben, Festschriften und Gedächtnisschriften	LIII

Teil I. Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts

A. Die Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts .	5
I. Vom Alten Reich bis zur Wiedervereinigung	5
1. Vorausliegendes: Antike Statusrechte und Zugehörigkeit im Alten Reich	6
2. Formationsphase des Staatsangehörigkeitsrechts, 1806–1867/70	11
3. Harmonisierung und Politisierung im werdenden Nationalstaat, 1870–1918	27
4. Funktionswandel und Deformation, 1918–1945	29
5. Entwicklungslinien von 1945 bis zur Wiedervereinigung	33
II. Die Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts vom Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913 bis zur Staatsangehörigkeitsreform von 1999	41
1. Allgemeines	41
2. Reformbestrebungen in Deutschland	42
3. Verfassungsrechtliche Einwände gegen die Staatsangehörigkeitsreform 1999	51
4. Völker- und unionsrechtliche Einwendungen	54
5. Rechtspolitische Aspekte	56
III. Staatsangehörigkeitsrechtliche Gesetzgebung seit 1.1.2000	58
1. Gesetzliche Änderungen bis einschließlich Zuwanderungsgesetz vom 30.7.2004	58
2. Staatsangehörigkeitsrechtliche Auswirkungen des Gesetzes zur Reform des Personenstandsrechts vom 19.2.2007 (BGBl. I 122)	59
3. Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19.8.2007 (BGBl. I 1970)	59
4. Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.12.2008 (BGBl. I 2586)	64
5. Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 5.2.2009 (BGBl. I 158)	64

Inhaltsverzeichnis

6. Zweites Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13.11.2014 (BGBl. I 1714) und weitere Änderungen	66
7. Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 4.8.2019 (BGBl. I 1124)	67
8. Viertes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes v. 12.8.2021 (BGBl. I3538)	69
9. Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) vom 22.3.3024 (BGBl. I Nr. 104)	70
10. Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie weiterer Vorschriften vom 27.10.2025 (BGBl. I Nr. 256)	73
11. Gesetz zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten durch Rechtsverordnung und Abschaffung des anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam vom 22.12.2025 (BGBl. I Nr. 364)	74
B. Konzeptionelle Grundfragen des Staatsangehörigkeitsrechts	75
I. Rechtsnatur, Begriff, Funktionsebenen	75
1. Die Rechtsnatur der Staatsangehörigkeit	75
2. Begriffliche und interdisziplinäre Perspektiven auf Staatsangehörigkeit	77
3. Unterscheidung staatsangehörigkeitsrechtlicher Funktionsebenen	80
II. Infragestellung staatsangehörigkeitsrechtlicher Primäranknüpfungen	85
1. Ausgangspunkte, Thesen, Stichhaltigkeit derselben	85
2. Statusbezogene Infragestellung	95
3. Konzeptionelle Infragestellung	103
4. Fazit	110
III. Das tradierte Erwebsinstrumentarium: Vergleichende Funktionsbetrachtung	111
1. Geburtserwerb	111
2. Einbürgerung	118
3. Fazit	120
IV. Die demokratische Funktion des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts	121
1. Notwendige Partikularität in gewollter Offenheit	121
2. Brückenfunktion zwischen individueller Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung	123
3. Souveränität, offene Staatlichkeit und gleicher Zugang	124
C. Staatsangehörigkeit und IPR	125
I. Staatsangehörigkeit als Anwendungsvoraussetzung des deutschen IPR	125
II. Staatsangehörigkeit und privatrechtliche Vorfragen	133

Inhaltsverzeichnis

D. Staatsangehörigkeit und Völkerrecht	134
I. Grundsatz der staatlichen Souveränität	134
II. Völkerrechtliche Grenzen der staatlichen Befugnis zur Regelung der Staatsangehörigkeit	137
1. Verbot der Regelung einer fremden Staatsangehörigkeit	137
2. Völkerrechtliche Schranken der Regelung der eigenen Staatsangehörigkeit	138
III. Mit der Staatsangehörigkeit verbundene völkerrechtliche Rechte und Pflichten	159
1. Der diplomatische Schutz der Staatsangehörigkeit im Ausland ..	159
2. Die Aufnahme eigener und fremder Staatsangehöriger	164
E. Mehrfache Staatsangehörigkeit	176
I. Definition und Entstehung	176
II. Bestrebungen zur Verringerung mehrfacher Staatsangehörigkeit ..	178
III. Die Regelung der Folgen mehrfacher Staatsangehörigkeit	182
1. Wehrpflicht bei mehrfacher StAng	182
2. Diplomatischer Schutz bei mehrfacher Staatsangehörigkeit	185
3. Probleme der Ausübung politischer Rechte von Doppelstaatern	189
IV. Neuere Tendenzen zur Hinnahme mehrfacher Staatsangehörigkeit	193
1. Allgemeine Lockerung des Grundsatzes der Vermeidung von Mehrstaatigkeit	193
2. Die Verleihung der Staatsangehörigkeit an Wanderarbeitnehmer in der Praxis der westeuropäischen Staaten	195
3. Das Modell einer „herrschenden“ und einer „ruhenden“ Staatsangehörigkeit	196
4. Aufgabe des Prinzips der Vermeidung von Mehrstaatigkeit? ...	198
F. Staatenlosigkeit	200
I. Definition und Entstehung	200
II. Die Rechtsstellung Staatenloser	204
III. Bestrebungen zur Verringerung der Staatenlosigkeit	206
IV. Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsstellung Staatenloser ...	208
1. Die Anwendbarkeit des Übereinkommens über die Rechtsstellung von Staatenlosen	208
2. Die im Übereinkommen gewährten Rechte, insbes. die Ausstellung von Identitäts- und Reisepapieren	212
3. Soziale Rechte von Staatenlosen	217
4. Das auf Staatenlose anwendbare Recht	218
V. Die erleichterte Einbürgerung im Inland geborener Staatenloser ..	218
G. Verlust der Staatsangehörigkeit	223
I. Tradierte Verlusttatbestände und neuere Entwicklungen	223
II. Verfassungstheoretische Aspekte	226

Inhaltsverzeichnis

1. Demokratieprinzip	226
2. Verbot der Doppelbestrafung	230
III. Völkerrechtlicher Rahmen	231
1. Universelles Völkerrecht	231
2. Regionales europäisches Völkerrecht I – EuStAG	235
3. Regionales europäisches Völkerrecht II – EMRK	236
IV. Unionsrechtliche Aspekte	243
H. Deutsche Staatsangehörigkeit und europäische Bürgerschaften	244
I. Entwicklung und Rechtsnatur der europäischen Bürgerschaften ..	244
1. Rechts- und Statusperspektiven im europäischen Integrationsprozess	244
2. Rechtsnatur der europäischen Bürgerschaften	250
II. Verhältnis zur deutschen Staatsangehörigkeit	251
1. Verfassungsrechtliche Perspektive	252
2. Rechtsentwicklung des Gerichtshofs der Europäischen Union ..	254
3. Konsequenzen	263
4. Unionsbürgerschaft und Völkerrecht	266
III. Die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte und Pflichten	268
1. Allgemeines	268
2. Freizügigkeit	269
3. Kommunal- und Europawahlrecht	274
4. Diplomatischer und konsularischer Schutz	283
5. Institutionelle Kommunikationsrechte der Unionsbürger	286
IV. Ausblick	288
1. Gleichstellung von Unionsbürgern und Drittstaatsangehörigen?	288
2. Die veränderte Bedeutung nationaler Staatsangehörigkeit	291
I. Staatsangehörigkeit und Steuerrecht	294
I. Steuerpflicht und demokratische Mitwirkungsrechte	294
II. Deutsche Rechtsentwicklung seit dem 19. Jahrhundert	297
III. Grundlagen der Besteuerung in Deutschland	299
IV. Tax Residence, Benefit Theory und Äquivalenzprinzip	300
V. Nationale Steuerhoheit und Völkerrecht	304
1. Allgemeine völkerrechtliche Grundsätze	304
2. Doppelbesteuerung und OECD-Musterabkommen	308
VI. Gegenstand wissenschaftlicher Befassung	310
VII. Erweiterte Steuerpflichten	312
1. Einkommensteuer	312
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer (ErbSt)	314
3. Außensteuerrecht	318
VIII. Abschließende Betrachtung	324

Teil II. Kommentierungen

A. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	331
Art. 16 [Ausbürgerung, Auslieferung]	331
Art. 116 [Begriff des „Deutschen“; nationalsozialistische Ausbürgerung] 364	
B. Staatsangehörigkeitsgesetz	415
Vorbemerkung	415
§ 1 [„Deutscher“]	418
§ 2 (<i>aufgehoben</i>)	421
§ 3 [Erwerb der Staatsangehörigkeit]	421
§ 4 [Erwerb durch Geburt]	436
§ 5 [Erklärungsrecht des Kindes]	493
§ 6 [Annahme als Kind]	508
§ 7 [Erwerb durch Flüchtlinge und Vertriebene]	522
§ 8 [Einbürgerung nach Ermessen]	535
§ 9 [Einbürgerung von Ehegatten/Lebenspartnern Deutscher] ...	608
§ 10 [Einbürgerung]	635
§ 11 [Ausschluss der Einbürgerung]	723
§ 12 (<i>aufgehoben</i>)	744
§ 12a [Verurteilungen]	744
§ 12b [Aufenthaltsunterbrechung]	764
§ 13 [Einbürgerung eines ehemaligen Deutschen]	775
§ 14 [Einbürgerung eines nicht im Inland niedergelassenen Ausländers]	786
§ 15 [Einbürgerungsanspruch für von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffene Personen und deren Abkömmlinge]	793
§ 16 [Einbürgerungsurkunde]	811
§ 17 [Verlust der Staatsangehörigkeit]	821
§§ 18–25 (<i>aufgehoben</i>)	847
§ 26 [Verzicht]	847
§ 27 (<i>aufgehoben</i>)	870
§ 28 [Verlust der Staatsangehörigkeit bei Wehrdienst in fremden Streitkräften]	877
§ 29 (<i>aufgehoben</i>)	893
§ 30 [Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit]	894
§ 31 [Datenerhebung]	906
§ 32 [Datenübermittlung]	914
§ 32a [Dem Steuergeheimnis unterliegende personenbezogene Daten]	919
§ 32b [Abfrage bei rechtskräftigen Verurteilungen]	920
§ 32c (<i>aufgehoben</i>)	922
§ 33 [Entscheidungsregister]	923
§ 34 [Verfahrensfähigkeit; Mitwirkungspflichten]	928
§ 35 [Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung]	933
§ 35a Sperrfrist	969

Inhaltsverzeichnis

§ 36	[Einbürgerungsstatistik]	973
§ 37	[Regelanfrage]	981
§ 38	[Gebühren und Auslagen]	986
§ 38a	[Ausstellung von Urkunden]	993
§ 39	[Verordnungsermächtigung]	993
§ 40	(aufgehoben)	994
§ 40a	[Übergangsvorschrift]	995
§ 40b	(aufgehoben)	997
§ 40c	(aufgehoben)	997
§ 41	[Verwaltungsverfahren]	998
§ 42	[Strafvorschrift]	999

Teil III. Texte und Urkunden

Anhang A. Texte bzw. Fundstellen staatsangehörigkeitsrechtlich bedeutsamer Rechtsquellen und Verwaltungsvorschriften	1007
I. Gesetze und Verordnungen	1007
1. Staatsangehörigkeitsgesetz und Änderungsgesetze (seit 1999)	1007
a) Staatsangehörigkeitsgesetz – geltende Fassung	1007
b) Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (ursprüngliche Fassung des Staatsangehörigkeitsgesetzes)	1027
c) Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften – Lebenspartnerschaften	1031
d) Gesetz zur Umstellung von Vorschriften des Dienst-, allgemeinen Verwaltungs-, Sicherheits-, Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts auf Euro (Sechstes Euro-Einführungsgesetz)	1031
e) Drittes Gesetz zur Änderung verfahrensrechtlicher Vorschriften	1032
f) Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)	1032
g) Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze	1037
h) Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts (Personenstandsrechtsreformgesetz)	1038
i) Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union	1039
j) Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz)	1046
k) Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes	1047
l) Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht	1048

Inhaltsverzeichnis

m)	Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex	1049
n)	Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union	1049
o)	Gesetz zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt	1050
p)	Zweites Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes	1050
q)	Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung	1052
r)	Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher	1053
s)	Erstes Gesetz zur Änderung des Bundesmeldegesetzes und weiterer Vorschriften	1053
t)	Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes	1054
u)	Viertes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes	1056
v)	Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG)	1063
2.	RuStAG und Änderungsgesetze (1913–1999)	1074
a)	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz	1074
b)	Gesetz zur Änderung des Paßgesetzes, des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes und zur Aufhebung des Gesetzes über die Meldepflicht der deutschen Staatsangehörigen im Ausland	1084
c)	Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes	1085
d)	Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes	1085
e)	Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes	1086
f)	Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften	1089
g)	Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsreformgesetz – KindRG)	1090
h)	Übersicht über weitere Änderungen des RuStAG seit dem 14.7.1953 (soweit nicht unter 2. a)–g) abgedruckt)	1091
3.	Verordnung zu Einbürgerungstest und Einbürgerungskurs (Einbürgerungstestverordnung – EinbTestV)	1091
4.	Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung – IntV)	1093
5.	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)	1110
6.	Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (Personenstandsverordnung)	1127

Inhaltsverzeichnis

II. Zwischenstaatliche Abkommen	1130
1. Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen	1130
2. Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen	1144
3. Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 30. August 1961 und Ausführungsgesetz von 1977	1148
b) Ausführungsgesetz zu dem Übereinkommen vom 30. August 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit und zu dem Übereinkommen vom 13. September 1973 zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit (Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit)	1156
4. Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern	1158
5. Übereinkommen zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit	1165
6. Second Protocol amending the Convention on the Reduction of Cases of Multiple Nationality and Military Obligations in Cases of Multiple Nationality	1168
7. Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit ...	1171
8. Council of Europe Convention on the avoidance of statelessness in relation to State succession	1187
III. Verwaltungsvorschriften	1194
1. Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern zum Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)	1194 1194
2. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen (StAURkVwV)	1305
3. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen (StAURkVwV)	1307
4. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht (StAR-VwV)	1308
Anhang B. Urkunden	1355
Sachregister	1251